

Prüfantrag der CDU-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Bezirksvertretung Rheinhausen	09.06.2026	Entscheidung

Betreff

Prüfantrag der CDU-Fraktion

hier: Fahrradschutzstreifen an der Rheinhausener Straße

Inhalt

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, mit welchen geeigneten Maßnahmen dem aufgrund des vorhandenen Fahrradschutzstreifens bestehenden Halte- und Parkverbot auf der Rheinhausener Straße zwischen Rathausallee und Bergwerksstraße (westliche Seite) wirksam Geltung verschafft werden kann. Dabei soll insbesondere betrachtet werden, wie die Verkehrssicherheit für Radfahrende nachhaltig verbessert und das ordnungswidrige Parken auf dem Schutzstreifen unterbunden werden kann.

Begründung:

Das Halten und Parken auf Fahrradschutzstreifen ist gemäß den geltenden straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften strikt untersagt. Verstöße können mit Bußgeldern sowie Punkten im Fahreignungsregister in Flensburg geahndet werden.

Gleichwohl ist auf dem genannten Abschnitt der Rheinhausener Straße regelmäßig festzustellen, dass der Schutzstreifen insbesondere während der Öffnungszeiten der gegenüberliegenden Shisha-Bar durch abgestellte Fahrzeuge blockiert wird. Offenkundig möchten Gäste ihre Fahrzeuge in unmittelbarer Nähe und im Blickfeld abstellen.

Der aus Sicht der CDU-Fraktion wichtige Schutz der Radfahrenden wird dadurch erheblich beeinträchtigt und faktisch aufgehoben. Radfahrerinnen und Radfahrer werden gezwungen, auf die Fahrbahn auszuweichen oder gefährliche Engstellen zu passieren. Insbesondere bei schlechten Sicht- und Witterungsverhältnissen entstehen dadurch erhebliche Gefahrenlagen für alle Verkehrsteilnehmenden.

Das ordnungswidrige Verhalten wurde der Verwaltung und den zuständigen Stellen bereits wiederholt gemeldet. Eine spürbare Verbesserung der Situation oder verstärkte Kontrollen vor Ort konnten bislang nicht festgestellt werden. Auch persönliche Gespräche mit Fahrzeughaltern führten zu keiner nachhaltigen Einsicht oder Verhaltensänderung.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Prüfung zusätzlicher beziehungsweise wirksamerer Maßnahmen zur Durchsetzung des bestehenden Halte- und Parkverbots dringend geboten.